

Fraktion **direkt**

68 | 23. November 2012

Zur Lage

Die Koalition sorgt vor

Haushalt 2013 ist Ausweis für den Konsolidierungskurs

Der am Freitag verabschiedete Bundeshaushalt ist aus mehreren Gründen bemerkenswert. In den parlamentarischen Beratungen ist es gelungen, die Neuverschuldung gegenüber dem schon sehr ambitionierten Regierungsentwurf nochmals um 1,7 Milliarden Euro auf 17,1 Milliarden Euro zu senken. Die nach der Schuldenbremse maximal zulässige Neuverschuldung von 41,4 Milliarden Euro wird um über 24 Milliarden Euro und damit deutlich unterschritten. Die christlich-liberale Koalition wird somit drei Jahre früher als erforderlich die verfassungsrechtliche Grenze für das strukturelle Defizit von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einhalten. Das ist echte Zukunftsvorsorge.

Die Opposition ist scheinheilig

Die Koalition spart, ohne das Wachstum abzuschneiden. Die Vorhaltungen der Opposition sind scheinheilig: Sie fordert zwar noch mehr Sparanstrengungen. Echte Einsparvorschläge hat sie im Parlament aber nicht vorgelegt.

*„Koalition spart, ohne
Wachstum abzuschneiden“*

Das alles ist schon ärgerlich genug. Hinzu kommt aber, dass SPD und Grüne aus rein wahltaktischen Gründen Nein dazu sagen, dem Staat eine riesige Geldquelle zu eröffnen. Wenn sie tatsächlich das Steuerabkommen mit der Schweiz im Bundesrat scheitern lassen, würden dem Staat dauerhaft Milliardenereinnahmen verloren gehen. Dafür gibt es keinen vernünftigen Grund. Man kann ja noch so sehr einen harten Kurs gegen Steuerhinterzieher fordern. Wenn am Ende der Staat, dem die Steuern zustehen, leer ausgeht, ist dies einfach nur dummes Imponiergehabe.



Foto: Martin Lergemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Rot-Grün immer nur für neue Ausgabenprogramme

Hinzu kommt, dass Rot-Grün mit Blick auf den Wahlkampf immer neue Ausgaben- und Umverteilungsprogramme formuliert. Erst verabschiedet die SPD ein Rentenkonzept, das 30 Milliarden Euro kosten würde. Jetzt haben die Grünen nachgezogen: Sie wollen die Arbeitslosenhilfe nach Hartz IV massiv erhöhen. Auch mit ihnen sollen die Renten steigen, als gäbe es nur das Heute und nicht das Morgen. Schon 2030 soll es eine einhundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien geben.

Das alles wird die Bürger und die Unternehmen massiv belasten – von den Steuererhöhungsplänen ganz abgesehen. Das ist kein Konzept, aus dem Deutschland Kraft für die Zukunft schöpfen kann.

Volker Kauder

Inhalt

Die Koalition sorgt vor	1
Union steht zum Bürgertum	2
„Erfolgreichste Regierung seit Wiedervereinigung“	3
Arbeitsmarkt trägt zur Konsolidierung bei	4
Feilschen um das liebe Geld	5
„Unter Partnern muss ein offener Dialog möglich sein“	6
Beschneidung von Jungen soll zulässig bleiben	7
Soziale Netzwerke als Chance für die politische Kommunikation	8
Letzte Seite	9

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vi.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Union steht zum Bürgertum

Politische Konkurrenz verrennt sich

Viel kann man derzeit lesen zum angeblich neuen Bürgertum. Unsere politischen Mitbewerber wollen um die Stimmen der „neuen Bürgerlichen“ werben – ohne zu sagen, wen sie meinen, und vor allem: ohne ein bürgerliches Programm.

In Wirklichkeit haben sich die Grünen auf ihrem letzten Parteitag von Bürgerlichkeit und ökonomischer Vernunft verabschiedet. Ihr Programm ist staatsgläubig und paternalistisch. Sie wollen die Erbschaftsteuer erhöhen, sie wollen eine Vermögensabgabe, eine steuerfinanzierte Garantierente und – wie sollte es anders sein – eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

Vielleicht würde es helfen, das Verständnis von „bürgerlich“ einfach einmal zu definieren. Und da hat sich zwischen „neu-bürgerlich“ und „alt-bürgerlich“ gar nicht viel geändert. Der Bürger, der sich zunächst von feudaler Obrigkeit und später vom Staat emanzipiert hat, will als mündig gesehen werden. Er will seine Rechte und Pflichten in der Gesellschaft selbstbestimmt wahrnehmen. Er will an der Gestaltung des Gemeinwesens teilhaben und im Rahmen seiner Möglichkeiten anderen Teilhabe ermöglichen. Bürgerlich ist gerade nicht derjenige, der sich auf den Staat als Entscheider verlässt und auf dessen Vorsorge vertraut. Der Bürger entscheidet selbst – für sich und andere. Er nimmt Eigenverantwortung ernst und sorgt vor. Das erst macht das Bürgertum zum Rückgrat unserer offenen, freiheitlichen und gerechten Gesellschaft.

Union hat Modernisierung maßgeblich mitgestaltet

Viele Zukunftsfragen wie die Förderung von Bildung und Forschung, die Bekämpfung von Altersarmut oder der Umgang mit dem demografischen Wandel gehören längst zum Programm der Union. Und auch die ent-



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

scheidenden gesellschaftlichen und politischen Neuerungen der letzten Jahre wurden maßgeblich von ihr mitgeprägt. Das gilt für die Familienpolitik – vom Elterngeld bis zum Ausbau der Kindertagesstätten –, für Fragen der Integration oder für die konkrete Umsetzung der Energiewende – vom Netzausbau über Energiesicherheit und bezahlbarem Strom bis zur vernünftigen Förderung von erneuerbaren Energien.

Wie kontraproduktiv die Opposition in Sachen Wachstum, Teilhabe und Entlastung der Bürger handelt, zeigt nicht nur der Blick auf den Parteitag der Grünen. Im Vermittlungsausschuss lehnen die SPD-geführten Bundesländer ohne jeden sachlichen Grund die steuerlichen Entlastungen bei der energetischen Gebäudesanierung ab. So torpedieren sie Klimaschutz und Konjunkturimpulse. Auch zu einer Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen sind sie nicht bereit. Dies trifft vor allem die Menschen, die den entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität unseres Landes leisten. Mit bürgerlicher Politik hat das wenig zu tun.

„Erfolgreichste Regierung seit Wiedervereinigung“

Generalaussprache im Bundestag zum Haushalt 2013



Foto: Michael Sohn/AP/dapd

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat eine positive Bilanz nach drei Jahren christlich-liberaler Koalition gezogen. In der Generalaussprache des Bundestages zum Haushalt 2013 sagte Merkel am Mittwoch: „Diese Bundesregierung ist die erfolgreichste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung.“ So sei die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken. Für Bildung und Forschung werde mehr Geld ausgegeben als je zuvor, und die Entlastung der Kommunen sei einzigartig. Für die Zukunft unterstrich die Kanzlerin die Bedeutung solider Finanzen. Solide Finanzen seien aber „kein Selbstzweck“, sondern dienen dazu, das Land zukunftsfähig zu machen.

Die Neuverschuldung beträgt im kommenden Jahr 17,1 Milliarden Euro. Damit hält Deutschland bereits drei Jahre früher als vorgeschrieben die Schuldenbremse von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ein. Für das Jahr 2014 ist vorgesehen, das strukturelle Defizit, aus dem konjunkturelle Schwankungen und einmalige Transaktionen herausgerechnet sind, auf Null herunterzufahren. Für 2016 wird ein Haushalt komplett ohne Neuverschuldung angestrebt. „Das wäre das erste Mal seit über 40 Jahren“, sagte Merkel. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder

forderte die rot-grün regierten Bundesländer auf, nun ebenfalls die Schuldenbremse einzuhalten.

Trotz der Sparanstrengungen bleiben dem Bund Spielräume für eine Entlastung der Bürger. Als Beispiele führte die Bundeskanzlerin die Senkung der Rentenbeiträge und die Abschaffung der Praxisgebühr an. Gleichzeitig prangerte sie an, dass die Opposition die von der Regierung beschlossene Abschaffung der kalten Progression im Bundesrat blockiert, nur weil nicht gleichzeitig der Spitzensteuersatz erhöht wird. Mit der Abmilderung der Progression sollen vor allem kleine und mittlere Einkommen entlastet werden, die nur deshalb mehr Steuern zahlen müssen, weil nach Lohnerhöhungen ein höherer Steuersatz greift. Kauder nannte es „schäbig“, dass die SPD als Arbeitnehmerpartei hier nicht mitziehe.

Herausforderung: Demografischer Wandel

Als eine der großen Herausforderungen der Zukunft bezeichnete Merkel den demografischen Wandel. Auch hier handle die Koalition, indem sie die Leistungen für Demenzerkrankte verbessere und die private Pflegevorsorge fördere. In dem Zusammenhang verteidigte die Kanzlerin auch die Rente mit 67. Die Verlängerung der

Lebensarbeitszeit sei eine Folge der Tatsache, dass wir alle länger leben, sagte Merkel. Der Opposition warf sie vor, den Menschen vorzugaukeln, man könne mit Entscheidungen zur Rente bis 2020 warten. Aber dann würden die Einschnitte umso gravierender. Für die Koalition kündigte sie vorbeugende Maßnahmen gegen Altersarmut an, die möglicherweise ab 2030 drohe. Wer 40 Jahre gearbeitet und private Vorsorge getroffen habe, müsse eine auskömmliche Rente bekommen, sagte sie.

Energieeffizienz unverzichtbar für Energiewende

Als laufende Projekte mit großer Bedeutung für die Zukunft stellte Merkel den Umbau der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee und die Energiewende heraus. SPD und Grünen warf die Kanzlerin vor, dass sie in ihrer Regierungszeit nichts dafür getan hätten, den Ausstieg aus der Kernenergie mit Investitionen in Netzausbau und Speichertechnologien zu flankieren. Unverantwortlich sei auch, dass die Opposition jetzt im Bundesrat steuerliche Anreize für mehr Energieeffizienz bei der Gebäudesanierung blockiere. Die Förderung der Energieeffizienz sei aber unverzichtbar, wenn die Energiewende gelingen solle. Kauder nannte die Blockade der Gebäudesanierung „billige parteipolitische Taktik“.

Lexikon der Neuverschuldung

Nettoneuverschuldung: Sind die Ausgaben eines Staates höher als seine Einnahmen, muss er in Höhe der Differenz neue Kredite aufnehmen. Die Nettoverschuldung ist der Teil der neuen Kredite, der nicht dazu dient, alte Kredite abzulösen.

Strukturelles Defizit: Unter dem Begriff strukturelles Defizit versteht man denjenigen Teil der Neuverschuldung, der nicht auf konjunkturelle Schwankungen und finanzielle Transaktionen zurückzuführen ist. Ein strukturell nahezu ausgeglichener Haushalt zeigt an, dass der Staat solide wirtschaftet.

„Strukturelle Null“: Ein Bundeshaushalt mit einer strukturellen Null ist ein Bundeshaushalt ohne strukturelles Defizit.

„Rote Null“: Auch bei Erreichen einer strukturellen Null kann es zu einer Neuverschuldung kommen, zum Beispiel zur Deckung höherer Ausgaben in Abschwüngen. Diese Neuverschuldung wird auch als „rote Null“ bezeichnet.

„Schwarze Null“: Eine schwarze Null ist ein Bundeshaushalt ohne Nettoverschuldung.

Arbeitsmarkt trägt zur Konsolidierung bei

Sozialetat weiterhin größter Posten im Bundeshaushalt

Trotz der krisenhaften Entwicklung in der Euro-Zone zeigt sich der deutsche Arbeitsmarkt robust. Ein Höchststand an Beschäftigung, ein enormes Job-Wachstum sowie eine Arbeitslosenquote auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung tragen zu einer spürbaren Konsolidierung des Gesamthaushaltes bei. Der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wird 2013 daher um sieben Milliarden Euro geringer ausfallen als in diesem Jahr. Mit 119,2 Milliarden Euro bleibt er aber größter Posten im Haushalt. Der Bundestag verabschiedete den Haushalt 2013 am Freitag.

Instrumente gestrafft

Einen Betrag von 31,7 Milliarden Euro sieht der Etat für die Arbeitsförderung vor. Dies sind über acht Milliarden Euro weniger als noch für das laufende Jahr vorgesehen war. Dies ist eine unmittelbare Folge der guten Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der christlich-liberalen Koalition, die dazu führt, dass die Arbeitslosigkeit sinkt. Zudem hat die Koalition die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik gestrafft und effizienter gestaltet. Ziel war die schnellere Integration der Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt. Die Mittel zur Eingliederung wurden konzentriert auf Fort- und Weiterbildung. Auch das hat dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit bislang stetig gesunken ist. 42 Millionen Erwerbstätige sind der höchste

Wert, der in Deutschland je gemessen wurde.

Die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen ist im Vergleich zu 2009 um über 16 Prozent gesunken, bei den unter 25-Jährigen um über 28 Prozent. Damit hat Deutschland inzwischen die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Auch bei den Alleinerziehenden ist die Arbeitslosigkeit um über zehn Prozent im Vergleich zu 2009 gesunken.

Weniger Langzeitarbeitslose

Die Koalition spart nicht an den Menschen: Pro Kopf stehen für die Integration von Langzeitarbeitslosen mit 1.860 Euro im nächsten Jahr weit mehr Mittel zur Verfügung als im Jahr 2006 mit 1.526 Euro. Dieser Betrag liegt immer noch zehn Euro über dem Betrag von 2008, dem Jahr der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Mittel der aktiven Arbeitsmarktpoli-

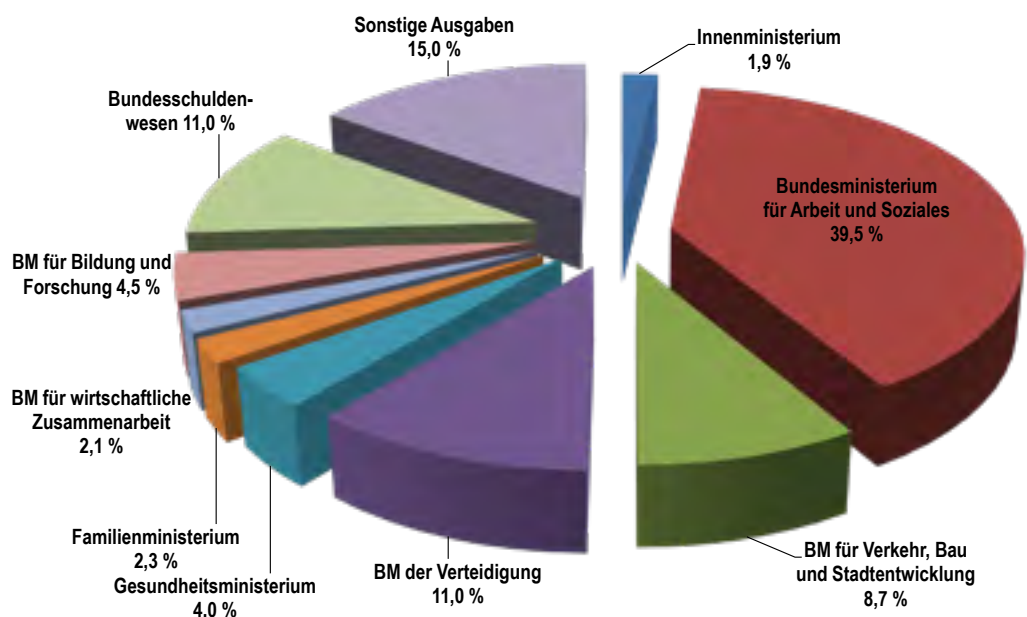
tik bleiben also im wesentlichen konstant.

Wie erfolgreich diese Politik ist, zeigt die Entwicklung der Zahl der Langzeitarbeitslosen, also der Menschen, die länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist seit 2007 um fast 40 Prozent gesunken. Zum ersten Mal sinkt auch die Sockelarbeitslosigkeit, die in den letzten Jahrzehnten selbst nach einem konjunkturellen Aufschwung immer gestiegen ist.

Erfreulich ist auch die Entwicklung der Finanzlage in der gesetzlichen Rentenversicherung. Dank der guten wirtschaftlichen Entwicklung sind die Beitragseinnahmen gestiegen. Dadurch ist die Nachhaltigkeitsrücklage so angewachsen, dass der Beitragssatz – gemäß der gesetzlichen Vorgaben – ab 2013 von 19,6 Prozent auf 18,9 Prozent sinkt. Das entlastet Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Ausgaben des Bundes im Jahr 2013

Gesamtausgaben: 302,0 Mrd. €



Feilschen um das liebe Geld

EU-Gipfel berät Finanzrahmen von 2014 bis 2020 – Ausgabenanstieg begrenzen

Die einen wollen weniger Geld ausgeben, die anderen mehr. Auf einem Sondergipfel in dieser Woche rangen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union um eine Einigung auf den Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020. In Zahlen ausgedrückt: Es ging um rund eine Billion Euro, zu denen Deutschland rund 20 Prozent beiträgt. Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte, Deutschland als Nettozahler habe ein Interesse daran, dass die Zahlungen an Brüssel nicht zu sehr steigen. Die christlich-liberale Koalition will unter der Billion bleiben.

Angesichts der Schuldenkrise in Europa muss der neue siebenjährige Finanzrahmen nach Auffassung der Unionsfraktion die Notwendigkeit widerspiegeln, dass nicht nur die Mitgliedstaaten ihre Ausgaben begrenzen, sondern auch die Gemeinschaft als solche. Nur mit solider Haushaltsführung kann die europäische Währung letztendlich stabilisiert werden. Dies erzwingt bei den Ausgaben eine Konzentration auf das Wesentliche.

Mittel effizienter einsetzen

CDU/CSU geht es darum, dass nicht mehr Mittel eingesetzt, sondern dass die verfügbaren Mittel besser eingesetzt werden. Ein effizienterer Einsatz der Mittel bedeutet Investitionen vor allem in Zukunftsbereiche, die zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit der Union und zu mehr wirtschaftlichem Wachstum führen.



Die bisherigen Vorschläge der Europäischen Kommission, der zypriotischen Ratspräsidentschaft und des Europäischen Parlaments wurden diesem Anspruch nach Meinung der Koalition nicht gerecht. Sie lagen oberhalb der Grenze von einer Billion.

Das Spannungsfeld der Mitgliedstaaten erstreckte sich allerdings vom Nettoempfänger Polen auf der einen Seite bis zu den Nettozahlern Großbritannien und Schweden auf der anderen Seite.

Nach Auffassung der Unionsfraktion sollten die Ausgaben, inklusive der Mittel für die europäischen Fonds, auf ein Prozent des EU-Bruttonationalinkommens (BNE) begrenzt werden. Die Vorschläge von Kommission und Ratspräsident liegen darüber.

Erfolge der Strukturpolitik nicht gefährden

Im Bereich der Struktur- und Kohäsionspolitik müssen die Förderprogramme nach Meinung der Unionsfraktion besser darauf ausgerichtet werden, die Wettbewerbsfähigkeit der Länder zu steigern, die von ihnen profitieren. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass die in vielen Regionen bereits erzielten Erfolge der Strukturpolitik nicht durch Brüche in der Förderung gefährdet werden.

Die Europäische Union muss nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion auch die Spielräume für Einsparungen und Effizienzsteigerung bei den Verwaltungsausgaben nutzen. Dabei sollten die EU-Personalkosten sich wieder stärker an den Personalkosten auf nationaler Ebene orientieren.

Übersetzung ins Deutsche gefordert

Die CDU/CSU-Fraktion fordert, dass bei der Aufstellung der Verwaltungsaufgaben alle notwendigen Dokumente vollständig in die deutsche Sprache übersetzt werden. Nur so kann der Bundestag seiner Rolle als Mitgestalter der Europapolitik gerecht werden.

Griechenland

Die Euro-Gruppe will am kommenden Montag über die Auszahlung weiterer Finanzhilfen für Griechenland entscheiden, nachdem sie sich im ersten Anlauf zu keiner Gesamtlösung hatte durchringen können. Dabei geht es um die Auszahlung der restlichen für 2012 vorgesehenen rund 44 Milliarden Euro aus dem zweiten Griechenland-Hilfspaket. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die Auszahlung schrittweise – entsprechend dem tatsächlichen Stand bei der Umsetzung der Reformen in Griechenland – erfolgt. Griechenland ist auf diesem Weg schon ein ganzes Stück vorangekommen.

Außerdem geht es um die Herstellung der Schuldentragfähigkeit und die Deckung einer Finanzierungslücke von rund 14 Milliarden Euro bis 2014. Diese Lücke ist durch eine Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entstanden. Inzwischen geht man davon aus, dass Griechenland erst 2016 einen Primärüberschuss erzielen wird – und nicht schon 2014, wie ursprünglich vorgesehen.

Um die Finanzierungslücke zu schließen, erwägt die Euro-Gruppe unter anderem, die Zinskonditionen bei den laufenden Griechenland-Programmen zu ändern. Auch könnte die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) einen griechischen Schuldentrückkauf zum Teil finanzieren. Einen Schuldenschnitt zu Lasten der staatlichen Gläubiger lehnt die Bundesregierung ab.

„Unter Partnern muss ein offener Dialog möglich sein“ Andreas Schockenhoff über das Verhältnis zu Russland und seine Kritik an den politischen Entwicklungen

Foto: Laurence Chaperon



Andreas Schockenhoff
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Russlandbeauftragte der Bundesregierung und stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Andreas Schockenhoff, hat in der vergangenen Woche am „Petersburger Dialog“ – einem Gesprächsforum mit Vertretern der russischen und deutschen Zivilgesellschaft – teilgenommen. Über seine Kritik an den jüngsten politischen Entwicklungen in Russland und über den Entschließungsantrag der Koalition dazu sprach „Fraktion direkt“ mit ihm.

Herr Schockenhoff, der Entschließungsantrag spart nicht mit Kritik. Darin heißt es, der Bundestag stelle mit besonderer Sorge fest, dass der alte und neue russische Präsident Wladimir Putin einen zunehmend konfrontativen Kurs gegen Regierungskritiker fahre. Was bezwecken die Koalitionsfraktionen damit?

Schockenhoff: Wir greifen eine Debatte auf, die es in Russland selbst gibt. Seit Mai erlebt Russland eine Atmosphäre der Einschüchterung mit repressiven Gesetzen, die kritische Bürger unter Druck setzen. Wer die Regierung kritisiert, riskiert, wegen „Hochverrats“ angeklagt zu werden.

Aber kritische Bürger sind nicht Gegner, sondern natürliche Partner des Staates. Wir müssen darauf reagieren, weil Deutschland Interesse an einem starken, modernen, rechtsstaatlich verfassten und demokratischen Russland hat, das es ohne aktive Bürger nicht geben wird. Unsere Botschaft lautet: Eine kritische Zivilgesellschaft schadet nicht, sondern hilft Russland, stark und wettbewerbsfähig zu werden.

In Moskau wirft man Ihnen antirussische Ressentiments vor. Was entgegnen Sie?

Schockenhoff: Dass das ein massives Missverständnis ist! Wenn wir eine bestimmte Politik in den USA – beispielsweise das Gefangenenlager Guantanamo – kritisieren, dann ist das auch nicht antiamerikanisch. Unter Partnern muss ein offener Dialog möglich sein. Wir müssen der russischen Führung vermitteln: Die Menschen wollen keinen Umsturz, sondern ihr Land voranbringen. Aber mit dem Klima der Angst, das die Führung verbreitet, schadet sie ihren eigenen Modernisierungsansprüchen. Und wir befürchten, dass diese Entwicklungen auch das große Potenzial unserer Beziehungen einschränkt. Das wollen wir nicht.

„Eine kritische Zivilgesellschaft hilft Russland“

Wie haben die Nichtregierungsorganisationen beim Petersburger Dialog auf Ihre Kritik reagiert?

Schockenhoff: Die sind dankbar, dass der Bundestag die Diskussion aufgreift, die in Russland stattfindet. Ich habe in Moskau gespürt, dass die öffentliche Diskussion über unseren Antrag von denen als Hilfe empfunden wurde, die sich in Russland als Bürger für ihre Rechte engagieren. Diese Menschen wissen jetzt: Sie stehen nicht allein, der Bundestag teilt ihre Werte.

Welche Resonanz haben Sie vom Kreml erhalten?

Schockenhoff: Es gab Stimmen aus der russischen Regierung, die sehr schroff auf die Bundestagsentschließung reagiert haben. Das wird sich beruhigen, erst recht wenn der Text gründlich gelesen wird. Er macht von Anfang an klar, dass wir die Partnerschaft und den Dialog mit Russland ausbauen wollen.

Angesichts des deutschen Interesses an guten Wirtschaftsbeziehungen mit Russland: Kommt die wertorientierte Außenpolitik hier an ihre Grenzen?

Schockenhoff: Eindeutig nein! Zwischen wirtschaftlichen Interessen und einer kritischen Gesellschaft gibt es keinen Gegensatz. Es gibt ja nicht nur die großen Unternehmen mit direktem Zugang zum Kreml. Allein aus Deutschland sind 6.000 kleinere und mittlere Unternehmen in Russland tätig. Auf der einen Seite machen ihnen Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit das Leben schwer. Dem Interesse an guten wirtschaftlichen Beziehungen dient das Drängen auf mehr Rechtsstaatlichkeit und auf Abbau der Korruption. Auf der anderen Seite fehlen ihnen kritische und innovative Ansprechpartner in Russland. Deshalb sind aktive Bürger im Interesse guter wirtschaftlicher deutsch-russischer Beziehungen.

Beschneidung von Jungen soll zulässig bleiben

Bundestag debattiert Gesetzentwurf in erster Lesung

Die Beschneidung von Jungen soll auch künftig in Deutschland grundsätzlich erlaubt sein. Der Bundestag debattierte am Donnerstag in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, der dies klarstellt. Der Gesetzentwurf ist eine Reaktion auf das Urteil des Landgerichts Köln vom Mai, das die religiös begründete Beschneidung als rechtswidrige Körperverletzung gewertet hatte. Das Urteil hatte Juden und Muslime in Deutschland tief verunsichert.

Nach dem Gesetzentwurf wird im elterlichen Sorgerecht klargestellt, was bisher schon gilt: Eltern können in eine Beschneidung ihres Sohnes unter bestimmten Voraussetzungen einwilligen, auch wenn der Eingriff nicht medizinisch notwendig ist.

Voraussetzung ist, dass die Eltern umfassend über die Risiken und Folgen einer Beschneidung aufgeklärt werden und dass der Eingriff nach den Regeln der ärztlichen Kunst erfolgt. Dazu gehört auch eine möglichst effektive Schmerzbehandlung. Die Eltern sind außerdem verpflichtet, den Willen des Sohnes in ihre Entscheidung einzubeziehen – und zwar umso mehr, je älter das Kind ist. Eine Beschneidung ist dann nicht erlaubt, wenn sie das Wohl des Kindes gefährden würde.

Mit dem Kölner Landgericht hatte erstmals ein deutsches Gericht die rituelle Beschneidung, die für Muslime und Juden von essenzieller religiöser Bedeutung ist, in Frage gestellt. In Deutschland war die Beschneidung bisher stets erlaubt. Nach dem Urteil fürchteten Juden und Muslime um die Zukunft ihres religiösen Lebens in Deutschland. Deshalb hatte sich der Bundestag schon am 19. Juli mit großer Mehrheit für eine gesetzliche Regelung ausgesprochen, die in verfas-



Ein acht Tage alter Junge nach seiner Beschneidung in einer Berliner Synagoge

Foto: Markus Schreiber/AP/dapd

sungskonformer Weise die Beschneidung von Jungen auch weiterhin zulässt. Mit dem Gesetzentwurf hatten sich der Zentralrat der Juden und muslimische Verbände zufrieden gezeigt, weil er für Rechtssicherheit Sorge.

Ausnahme bei Gefährdung des Kindeswohls

Der Gesetzentwurf berücksichtigt, dass nach dem Grundgesetz die Erziehung von Kindern in erster Linie in der Verantwortung ihrer Eltern liegt. Eingriffe in das elterliche Erziehungsrecht sind nur in eng begrenzten Ausnahmefällen gerechtfertigt, nämlich dann, wenn das Kindeswohl gefährdet ist. Die Beschneidung ist einer der weltweit am meisten vorgenommenen medizinischen Eingriffe. Sie ge-

fährdet das Kindeswohl nach heutigem Wissensstand in der Regel nicht, wenn bestimmte Voraussetzungen greifen. Diese definiert das Gesetz für die Zukunft.

Eine der Voraussetzungen ist, dass in der Regel nur Ärzte den Eingriff vornehmen dürfen. Darüber hinaus dürfen auch Personen, die von Religionsgemeinschaften dafür vorgesehen werden, beispielsweise jüdische Mohalim, in den ersten sechs Lebensmonaten einen Jungen beschneiden. Sie müssen jedoch speziell ausgebildet und für den Eingriff so befähigt sein wie ein Arzt.

Mit dem Gesetzentwurf liegt eine ethisch überzeugende und verfassungskonforme Antwort auf die Fragen vor, die das Urteil des Landgerichts Köln aufgeworfen hat.

Beschneidung

Unter Beschneidung – oder lateinisch Zirkumzision – versteht man die teilweise oder vollständige Entfernung der männlichen Vorhaut. Die Beschneidung gehört zu den weltweit am häufigsten durchgeführten körperlichen Eingriffen. Geschätzt wird, dass gegenwärtig zwischen 25 Prozent und 33 Prozent der männlichen Weltbevölkerung beschnitten sind. Meist sind religiöse und kulturelle Beweggründe der Anlass von Beschneidungen. Die Beschneidung von gesunden Kindern am achten Lebensstag gilt im Judentum als Gebot Gottes. Der Koran erwähnt sie nicht ausdrücklich. Dennoch ist die Beschneidung in islamisch geprägten Ländern weit verbreitet. Hier werden Jungen im Kindes- oder Jugendalter bis zu 13 Jahren beschnitten.

Soziale Netzwerke als Chance für die politische Kommunikation

In Workshops den Umgang mit Facebook und Twitter lernen

53 Millionen Deutsche nutzen das Internet, 62 Millionen besitzen mindestens ein Mobiltelefon, und über 20 Millionen sind bei Facebook aktiv. Wie wirkt sich das auf die Kommunikation zwischen Politik und Bürgern aus? Dieser Frage gingen die Verbraucherschutzbeauftragte Mechthild Heil und der Abgeordnete Peter Tauber in einem Workshop für die Parlamentarier der Unionsfraktion nach.

In vielen Bundestagsbüros wird noch mit Brief und Fax gearbeitet. Und viele Bürgerinnen und Bürger wollen das weiterhin so. Es gibt aber immer mehr Menschen, die sich eine Welt ohne soziale Netzwerke nicht mehr vorstellen können. Sie posten ihre Urlaubsbilder, statt Ansichtskarten zu verschicken, und sie kommentieren heute schon die Nachrichten, die morgen erst in der Zeitung stehen.

„Soziale Netzwerke bieten riesige Chancen für die politische Kommunikation“, sagte Elizabeth Linder, Expertin für politische Kommunikation bei Facebook, auf der Veranstaltung. Bilanz des Workshops: Politiker können über das soziale Netzwerk nicht nur schneller und direkter mit ihren Wählern kommunizieren, sie erreichen auch eine andere Klientel als über die klassischen Printmedien. Darüber hinaus können sie sich facettenreicher präsentieren und haben die Möglichkeit, ihre politischen Entscheidungen zu erklären. Dabei kommt es auf den Stil an: Kurz und knackig sollte er sein. Eine Pressemitteilung ist – gemessen daran – schwerfällig. Ein Rat der Expertin: Fotos machen die Seite lebendiger und persönlicher. Manchmal ist allerdings die neue Brille eines Abgeordneten ein-

fach interessanter als seine Meinung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus – aber das gehört eben auch dazu.

Politiker brauchen allerdings ein wenig Mut, wenn sie soziale Netzwerke nutzen: Denn diese bieten natürlich auch den Kritikern eine Plattform. Im günstigen Fall entsteht dadurch aber ein offener Dialog. Diese Chance sollten Abgeordnete unbedingt nutzen, riet Linder.

„Datenschutz nicht aus den Augen verlieren“

Die sozialen Netzwerke sind aus unserer Kommunikation nicht mehr wegzudenken. Als Verbraucherschutzbeauftragte der Fraktion sprach Mechthild Heil allerdings auch die Risiken an: Der Umgang von Facebook mit den persönlichen Daten sei immer noch problematisch. Änderungen der Geschäftsbedingungen wür-

den nicht ausreichend kommuniziert und persönliche Daten für Werbezwecke genutzt. Auch die Voreinstellungen seien nicht immer verbraucherfreundlich: „Wir werden weiter den Finger in die Wunde legen und trotz aller Chancen, die Facebook für unsere politische Arbeit bietet, nicht den Datenschutz aus den Augen verlieren“, betonte die Verbraucherschutzbeauftragte.

Twitter-Workshop folgt

Die Resonanz der Abgeordneten auf die Veranstaltung war so positiv, dass weitere Workshops zur politischen Arbeit über soziale Netzwerke folgen. In der kommenden Sitzungswoche laden Mechthild Heil und Peter Tauber zu einem Twitter-Workshop mit Isabelle Sonnenfeld von Twitter Deutschland ein.

Immerhin 58 Mitglieder der Fraktion zwitschern bereits regelmäßig. Nicht alle Tweets sind allerdings so heiter wie die von Bundesumweltminister Peter Altmaier, der seine Follower einmal wissen ließ: „Ich werde gerade quer durch die Republik kutschiert und bei jeder Linkskurve komme ich versehentlich an die Sendetasche“. Und der munter für seine Energiepolitik wirbt: „Freue mich über lebhaftere Debatte zu meinem 10-Punkte-Papier. Hab das Ding selbst geschrieben und getippt. Sieht man auch an den Tippfehlern.“

Jeder entwickelt seinen eigenen Stil. Ziel des Workshops ist es deshalb herauszufinden, wie man die maximal 140 Zeichen eines Tweets sinnvoll für die politische Kommunikation nutzen kann.



© rubysoho - Fotolia.com

Zahl der Schulanfänger rückläufig

Wiesbaden – Zu Beginn des laufenden Schuljahres 2012/13 wurden nach vorläufigen Daten in Deutschland 691.800 Kinder eingeschult. Das waren 2,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, ist die Zahl der Einschulungen im Vergleich zum Vorjahr lediglich in Berlin (+ 2,9 Prozent), Brandenburg (+ 0,9 Prozent) und Bayern (+ 0,7 Prozent) gestiegen. In allen übrigen Bundesländern ist die Zahl der Schulanfänger gesunken. Den deutlichsten Rückgang gab es in Nordrhein-Westfalen (– 6,4 Prozent).

Der überwiegende Teil der Schulanfänger begann die Schulausbildung in Grundschulen (95,2 Prozent). Lediglich 3,3 Prozent der ABC-Schützen wurden in Förderschulen, 0,6 Prozent in integrierten Gesamtschulen und 0,8 Prozent in freien Waldorfschulen eingeschult. Von allen neu eingeschulten Kindern waren 48,5 Prozent Mädchen. Während ihr Anteil in den Förderschulen nur bei 33,1 Prozent lag, war er in den Grundschulen mit 49,1 Prozent am höchsten.

Weniger Förderschüler

Bundesweit begannen in den Förderschulen im Vergleich zum Vorjahr 5,5 Prozent weniger Kinder ihre Schullaufbahn. Dies ist eine Folge der zunehmenden Anstrengungen der Bundesländer zur Inklusion behinderter Kinder. Die geringsten Anteile an Kindern, die in Förderschulen eingeschult wurden, gab es in Bremen (0,3 Prozent) und Schleswig-Holstein (1,0 Prozent), die höchsten in Baden-Württemberg (4,6 Prozent) und Bayern (4,4 Prozent).



Zeichnung: Stuttmann

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducusu.de

- 26. November 2012 Kongress Afghanistan
- 10. Dezember 2012 Kongress Weltbevölkerung
- 11. Dezember 2012 Vorweihnachtliche Feier im Tipi

Campingtourismus im Aufwärtstrend

Wiesbaden – Während der ersten neun Monate des Jahres 2012 stieg die Zahl der Übernachtungen auf deutschen Campingplätzen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um sechs Prozent auf 24,3 Millionen. Dies teilte das Statistische Bundesamt anlässlich der internationalen Ausstellung „Tou-

ristik & Caravaning“ in Leipzig mit. Die Zahl der Campinggäste aus dem Ausland stieg um sieben Prozent auf 3,9 Millionen. Die Übernachtungen deutscher Campinggäste verzeichneten ein Plus von fünf Prozent (20,4 Millionen).

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt